



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2012

---

**Die Erschöpfung von Patentrechten: eine Auslegung von Art. 9a PatG und  
Art. 27b LwG**

Zuberbühler, Ivo

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-73162>

Dissertation

Published Version

Originally published at:

Zuberbühler, Ivo. Die Erschöpfung von Patentrechten: eine Auslegung von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG. 2012, University of Zurich, Faculty of Law.

**Ivo Zuberbühler**

# **Die Erschöpfung von Patentrechten**

**Eine Auslegung von Art. 9a PatG und  
Art. 27b LwG**



**Stämpfli Verlag**

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Literaturverzeichnis .....	XXVII
Materialienverzeichnis .....	XLV
<b>I. Teil: Einleitung.....</b>	<b>1</b>
§ 1 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit.....	3
§ 2 Überblick über den Zweck und die wesentlichen Rechtsfragen der Erschöpfung .....	6
1. Zweck der Erschöpfung von Schutzrechten .....	6
2. Zentrale Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Erschöpfung .....	8
§ 3 Terminologische Anmerkungen.....	9
1. Zum Begriff der Erschöpfung.....	9
2. Zum Begriff der Parallelimporte .....	9
§ 4 Nutzen und Berechtigung des gesetzlichen Erfindungsschutzes .....	12
1. Grundsätzliches zu Nutzen und Berechtigung des gesetzlichen Erfindungsschutzes .....	12
2. Der gesetzliche Erfindungsschutz als Voraussetzung für die finanzielle Belohnung der Erfindertätigkeit .....	14
§ 5 Das Kodak-Urteil .....	15
1. Sachverhalt .....	15
2. Erwägungen des Bundesgerichts .....	16
3. Kritik am Kodak-Urteil .....	18
§ 6 Der Weg zur Regelung der Erschöpfung in Art. 9a PatG und Art. 27b LwG .....	22
1. Die ersten Reaktionen auf das Kodak-Urteil im Parlament und die grundsätzliche Haltung des Bundesrates .....	22
2. Erster Schritt: Die Ergänzung von Art. 3 Abs. 2 KG .....	23
3. Die weiteren Bemühungen zur Regelung der Erschöpfung im Patentrecht .....	24
4. Zweiter Schritt: Die Verankerung der internationalen Erschöpfung in Art. 27b LwG .....	26
5. Dritter Schritt: Der knappe Entscheid zugunsten eines differenzierten Erschöpfungsregimes in Art. 9a PatG .....	27

<b>II. Teil: Grundlagen zur Erschöpfung im Patentrecht.....</b>	<b>29</b>
§ 7 Zur differenzierten Behandlung der Erschöpfung im Immaterialgüterrecht .....	31
1. Die wesentlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Immaterialgüterrechten .....	31
2. Die Schlussfolgerungen in Bezug auf die Beurteilung der verschiedenen Aspekte der Rechterschöpfung.....	32
2.1 Territoriale Reichweite des Erschöpfungseintritts .....	33
2.2 Erschöpfbare Rechte .....	34
2.2.1 Vermietrecht.....	34
2.2.2 Recht zur Veränderung/Umgestaltung .....	35
2.2.3 Ankündigungs-/Werbehinweisrecht .....	36
2.3 Fazit: Weitgehende Gemeinsamkeiten im Immaterialgüterrecht in Bezug auf die Rechterschöpfung.....	38
§ 8 Die Wirkungen der Erschöpfung im Patentrecht im Einzelnen .....	39
1. Weitgehende Erschöpfung der Ausschliesslichkeitsrechte des Patentinhabers.....	39
2. Ausnahme: Nichterschöpfung des Herstellungsrechts.....	41
§ 9 Die Rechtfertigung der Erschöpfung .....	43
1. Überblick der Theorien.....	43
2. Beurteilung der einzelnen Theorien.....	44
2.1 Verkehrssicherungstheorie.....	44
2.2 Belohnungstheorie .....	46
2.3 Eigentumstheorie .....	48
2.4 Fazit.....	49
§ 10 Die Rechtsnatur der Erschöpfung im Patentrecht .....	51
1. Die Rechterschöpfung als Ergebnis einer generell-abstrakten Interessenabwägung.....	51
2. Die zwingende Natur der Rechterschöpfung .....	51
§ 11 Die erschöpfungsrechtliche Behandlung von Verfahrens- und Erzeugnispatenten .....	53
1. Unterscheidung in Verfahrens- und Erzeugnispatente: Eine kurze Begriffsbestimmung .....	53
2. Die Anknüpfung der Erschöpfungswirkungen an einen körperlichen Gegenstand; Nichterschöpfung des Verfahrenspatents.....	54
3. Inverkehrsetzung einer Vorrichtung zur Ausübung eines geschützten Verfahrens; Recht zur Anwendung des Verfahrens .....	56
3.1 Ausgangsproblematik.....	56
3.2 Positionen in Literatur und Rechtsprechung .....	56

3.3	Der schweizerische Lösungsansatz: Ausblick auf die auszulegende Bestimmung in Art. 9a Abs. 2 PatG .....	58
4.	Schutz der unmittelbaren Verfahrenserzeugnisse.....	58
4.1	Zweck des abgeleiteten Erzeugnisschutzes.....	59
4.2	Kein absoluter Schutz für unmittelbare Verfahrenserzeugnisse .....	59
4.3	Die erforderliche Unmittelbarkeit .....	60
4.4	Verfügungsbefugnis über die unmittelbaren Verfahrenserzeugnisse .....	60
§ 12	Die territoriale Reichweite des Erschöpfungseintritts.....	62
1.	Nationale Erschöpfung .....	62
1.1	Grundsätzliches zur nationalen Erschöpfung.....	62
1.2	Zum Territorialitätsprinzip als untaugliches Argument für die nationale Erschöpfung.....	63
1.3	Die nationale Erschöpfung und das Phänomen der Preisinselbildung.....	65
1.3.1	Das Phänomen Hochpreisinsel Schweiz .....	65
1.3.2	Die nationale Erschöpfung als ein Marktab-schottungsinstrument.....	66
1.3.3	Andere tarifäre und nicht-tarifäre Handelshem-misse.....	68
1.3.4	Abwehrmassnahmen der Marktteilnehmer gegen unliebsame Parallelimporte .....	71
2.	Regionale Erschöpfung.....	72
2.1	Grundsätzliches zur regionalen Erschöpfung.....	72
2.2	Regionale Erschöpfung gemäss dem Europäischen Gemeinschaftsrecht .....	72
3.	Internationale Erschöpfung.....	76
4.	Rechtsvergleichender Überblick.....	76
§ 13	Mit dem Erschöpfungsgrundsatz funktional verwandte Ansätze.....	79
1.	Implied-licence-Doktrin .....	79
2.	First-Sale-Doktrin.....	80
<b>III.</b>	<b>Teil: Die Auslegung von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG .....</b>	<b>83</b>
§ 14	Vorbemerkungen.....	85
1.	Grundsätzliches zur Auslegung von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG.....	85
2.	Zum Charakter von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG und damit zusammenhängenden Auslegungsfragen.....	86
2.1	Art. 9a PatG: Eine Schrankenbestimmung ohne Ausnahmecharakter.....	87

2.2	Keine mechanische Wahl zwischen restriktiver und extensiver Interpretationstendenz selbst bei Ausnahmebestimmungen .....	88
2.2.1	Das Dogma von der restriktiven Auslegung von Ausnahmebestimmungen .....	89
2.2.2	Die Widerlegung des Dogmas .....	89
3.	Zur WTO-Rechtskonformität der einseitig eingeführten regionalen Erschöpfung .....	90
3.1	Die WTO-Verpflichtungen der Schweiz hinsichtlich der Erschöpfung von Immaterialgüterrechten .....	91
3.1.1	Art. 6 TRIPS-Abkommen: Erschöpfung .....	91
3.1.2	Art. 3 und 4 TRIPS-Abkommen: Die Grundprinzipien der Nichtdiskriminierung .....	92
3.1.3	GATT 1947/1994-Abkommen: Frage der Anwendbarkeit .....	93
3.2	Wirkt die einseitig statuierte Erschöpfung diskriminierend? .....	94
3.2.1	Die von den Rechtsgutachtern und vom Bundesrat vertretenen Auffassungen .....	94
3.2.2	Stellungnahme des Verfassers .....	95
	A. Keine de-jure-Diskriminierung nach dem TRIPS-Abkommen; Anwendbarkeit des GATT-Abkommens fraglich .....	96
	B. Wenig überzeugende Begründung für eine de facto Diskriminierung nach dem TRIPS-Abkommen .....	97
	C. Verfahrensrechtliche Aspekte: Geringe Wahrscheinlichkeit rechtlicher Schritte gegen die Schweiz .....	98
	D. Fazit: Einseitig eingeführte regionale Erschöpfung – Ein völkerrechtlich verantwortbarer Entscheid .....	99
4.	Das patentrechtliche Erschöpfungsregime unter dem Vorbehalt des Kartellrechts .....	100
§ 15	Art. 9a Abs. 1 PatG (Grundsatz: regionale Erschöpfung) .....	101
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 1 .....	101
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 1 .....	101
3.	Zum Begriff des Patentinhabers .....	102
3.1	Grundsätzliches: Recht auf das Patent als Grundlage für die Patentinhaberschaft .....	103
3.2	Zur Wirkung des Eintrages im Patentregister .....	103
3.3	Das originäre Recht (auf das Patent) des Erfinders .....	104

3.4	Das derivative Recht (auf das Patent) des Rechtsnachfolgers .....	105
3.5	Die Berechtigung am Patent "aus einem anderen Rechts- grund": Das originäre Recht des Arbeitgebers an Dienst- erfindungen .....	106
3.6	Patentinhaberschaft im Falle kollektiv entwickelter Erfindungen.....	108
3.6.1	Die Gesamterfindung, insbesondere die Gesell- schaftserfindung .....	109
	A. Grundsätzliches zur Gesamterfindung .....	109
	B. Die Gesellschaftserfindung.....	109
3.6.2	Die Miterfindung.....	112
3.6.3	Art. 33 Abs. 2 PatG: Grundlage für eine Bruchteils- gemeinschaft sui generis?.....	113
3.7	Zusammenfassung: Zum Begriff des Patentinhabers .....	115
4.	Die patentgeschützte Ware .....	115
5.	Zu den Termini "Inland" und "Europäischer Wirtschaftsraum"	116
5.1	Der Begriff "Inland".....	116
5.1.1	Die bundesgerichtliche Auffassung vom Begriff "Inland" vor Inkrafttreten von Art. 9a PatG .....	116
5.1.2	"Inland" im Sinne von Art. 9a PatG .....	118
5.1.3	Die staatsvertragliche Regelung des Patentschutzes Schweiz-Liechtenstein und die damit verbundenen Probleme mit dem Begriff "Inland" .....	119
	A. Die Grundzüge der staatsvertraglichen Rege- lung des Patentschutzes Schweiz-Liechtenstein	119
	B. Art. 5 Abs. 2 Patentschutzvertrag im Besonde- ren .....	121
	a) Der Konflikt des staatsvertraglichen In- landsbegriffs mit dem Inlandsbegriff von Art. 9a PatG .....	121
	b) Der von der Lehre und der Rechtsprechung entwickelte Ansatz der dynamischen Aus- legung .....	123
	c) Die dynamische Auslegung von Art. 5 Abs. 2 Patentschutzvertrag .....	125
5.2	Der "Europäische Wirtschaftsraum" .....	126
5.2.1	Grundsätzliches zum "Europäischen Wirtschafts- raum" .....	126
5.2.2	Zum Terminus "Europäischer Wirtschaftsraum" im Sinne von Art. 9a PatG im Besonderen.....	127
5.3	Sonderfälle: Enklaven und Zollausschlussgebiete .....	128

5.3.1	Ausländische Enklaven und die Frage nach deren Qualifikation als In- oder Ausland im Regime von Art. 9a PatG.....	128
	A. Die Enklave Büsingen am Hochrhein.....	129
	a) Grundsätzliches zur Gemeinde Büsingen und ihrer Stellung als Enklave.....	129
	b) Das auf die Erschöpfungsfrage anwendbare Recht und die Folgen für die patentrechtliche Qualifikation der Enklave als In- oder Ausland.....	130
	B. Die Enklave Campione d'Italia .....	132
	a) Grundsätzliches zur Gemeinde Campione d'Italia und ihrer Stellung als Enklave .....	132
	b) Das auf die Erschöpfungsfrage anwendbare Recht und die Folgen für die patentrechtliche Qualifikation der Enklave als In- oder Ausland.....	133
5.3.2	Zollausschlussgebiete auf schweizerischem Territorium und deren Behandlung im Regime von Art. 9a PatG.....	134
5.4	Zusammenfassung: Die Termini "Inland" und "Europäischer Wirtschaftsraum" .....	135
6.	Das Inverkehrbringen von patentgeschützten Waren .....	135
6.1	Inverkehrbringen im Sinne einer Benutzungshandlung gemäss Art. 8 Abs. 2 PatG .....	136
6.2	Das rechtserschöpfende Inverkehrbringen .....	137
6.2.1	Die Differenz zur Inverkehrsetzung im Sinne einer Benutzungshandlung nach Art. 8 Abs. 2: Das Erfordernis der Eigentumsverschaffung.....	137
6.2.2	Die Begründung des Erfordernisses der Eigentumsverschaffung.....	138
6.3	Zur Bestimmung von Zeitpunkt und Ort der rechtserschöpfenden Inverkehrsetzung.....	139
6.3.1	Die Position des BGH: Aufgabe der Verfügungsgewalt massgebend für Bestimmung von Inverkehrsetzungszeitpunkt- und Ort .....	140
6.3.2	BGH-Rechtsprechung als Modell für die Bestimmung von Inverkehrsetzungszeitpunkt- und Ort nach Art. 9a PatG? .....	141
6.3.3	Zur erschöpfungsrechtlichen Unbeachtlichkeit vertraglicher Wiederverkaufsbeschränkungen im Besonderen .....	143



6.4	Erörterung von unter dem Gesichtspunkt der rechtserschöpfenden Inverkehrsetzung heiklen Sachverhalten ....	143
6.4.1	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Einfuhr und Angebot geschützter Waren zum Verkauf? .....	143
6.4.2	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Übergabe geschützter Waren an einen Verkaufskommissionär? .....	144
	A. Grundsätzliches zur Kommission nach Art. 425 ff. OR.....	144
	B. Beurteilung der Rechtserschöpfung .....	145
6.4.3	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung ohne gleichzeitige materielle Verwertung des Patents? ....	146
	A. Entgeltliche Veräußerung geschützter Waren zum Zwecke der Entsorgung.....	146
	B. Unentgeltliche Überlassung geschützter Waren zu Werbezwecken .....	147
6.4.4	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Sicherungsübereignung patentgeschützter Waren? ..	148
	A. Sicherungsübereignung ohne Tradition .....	149
	B. Sicherungsübereignung mit Tradition.....	149
6.4.5	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Verkauf patentgeschützter Waren unter Eigentumsvorbehalt? .....	152
	A. Grundsätzliches zum Eigentumsvorbehalt.....	152
	B. Beurteilung der Rechtserschöpfung .....	153
6.4.6	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung geschützter Waren gestützt auf eine Zwangslizenz? .....	154
	A. Das Instrument der Zwangslizenz.....	154
	B. Beurteilung der Rechtserschöpfung .....	157
6.4.7	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung als Folge einer konkursrechtlichen Zwangsverwertung? .....	160
	A. Die Beurteilung der Zwangsverwertung von geschützten Waren .....	161
	a) Eigentum und Sachherrschaft beim Schutzrechtsinhaber.....	161
	aa. Im Konkurs des Schutzrechtsinhabers ....	162
	bb. Spezialexécution in geschützte Waren....	164
	b) Eigentum und Sachherrschaft bei einem Dritten.....	164
	B. Die Zwangsverwertung des Patents: Ein erschöpfungsrechtlich unproblematischer Vorgang .....	166

	a) Regelfall: Verwertbarkeit des Patents .....	166
	b) Ausnahme: Unpfändbarkeit des Patents wegen Kompetenzgutcharakter .....	167
6.4.8	Die Problematik der rechterschöpfenden Inverkehrsetzung geschützter Waren durch konzernverbundene Unternehmen.....	168
	A. Der Konzernbegriff.....	168
	B. Der konzerninterne Vertrieb .....	171
	a) Grundsatz: Nichterschöpfung des Patentschutzes.....	171
	b) Ausnahme, falls patentgeschützte Ware zu Marktbedingungen veräußert? .....	172
	C. Der konzernexterne Vertrieb.....	174
	a) Zentrale Schutzrechtszuständigkeit .....	174
	b) Dezentrale Schutzrechtszuständigkeit .....	176
6.4.9	Die Problematik der rechterschöpfenden Inverkehrsetzung geschützter Waren in Ländern, in denen kein Patentschutz beantragt wurde oder in denen kein Schutz erlangt werden kann .....	177
	A. Inverkehrsetzungen durch den Patentinhaber ....	178
	B. Inverkehrsetzungen durch einen Dritten .....	179
6.5	Rückgängigmachen von Inverkehrsetzungen.....	180
	6.5.1 Das Wiederaufleben des Verbreitungsrechts.....	180
	6.5.2 Der Zeitpunkt des Wiederauflebens des Verbreitungsrechts .....	181
6.6	Zusammenfassung: Das Inverkehrbringen geschützter Waren.....	183
7.	Die Zustimmung zur Inverkehrsetzung .....	184
	7.1 Die Funktion der Zustimmung des Patentinhabers .....	184
	7.2 Zur Form der Zustimmung.....	185
	7.2.1 Grundsätzliches .....	185
	7.2.2 Kein Formzwang, aber Kontroverse, wann eine rechtsgenügende Kundgabe des Inverkehrsetzungswillens stattgefunden hat .....	186
	A. Unterschiedliche Positionen in der Literatur.....	186
	B. EuGH betrachtet konkludente Zustimmung unter gewissen Voraussetzungen als ausreichend.....	187
	C. Eigener Standpunkt: Konkludente Zustimmung fallweise ausreichend .....	189
7.3	Modalitäten der Zustimmung (insbesondere Zeitpunkt der Zustimmung und Berechtigung zur Zustimmung).....	191

7.4 Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit beschränkt eingeräumten Vertriebsermächtigungen .....	192
7.4.1 Ausgangslage, Problemstellung .....	192
7.4.2 Die in der Literatur vertretenen Positionen .....	194
7.4.3 Erkenntnisse aus der Rechtsprechung .....	197
A. Erkenntnisse aus der schweizerischen Rechtsprechung .....	197
a) Grundsätzliche Erkenntnis 1: Keine beschränkten Erschöpfungswirkungen infolge beschränkt eingeräumter Verbreitungsrechte .....	198
b) Grundsätzliche Erkenntnis 2: Guter Glaube des Erwerbers hindert die Durchsetzung der schutzrechtlichen Ansprüche nicht .....	198
c) Im Besonderen: Die Anerkennung der patentrechtlichen Wirkung von zeitlichen Vertriebsbeschränkungen .....	199
B. Erkenntnisse aus der Rechtsprechung des BGH und des EuGH .....	200
a) BGH: Heiligenhof- und OEM-Software-Urteil .....	200
b) EuGH: Das Copad-Dior-Urteil .....	202
7.4.4 Eigener Standpunkt .....	203
A. Zur praktischen Bedeutung der Diskussion um beschränkte Vertriebsermächtigungen .....	203
a) Keine Relevanz im Falle der Erstinverkehrsetzung geschützter Waren durch den Patentinhaber .....	203
b) Relevanz im Falle der Erstinverkehrsetzung geschützter Waren durch den Vertriebspartner .....	205
B. Zwei Optionen und deren Bewertung .....	207
a) Patentrechtliche Wirkung gewisser Beschränkungen; Unbeachtlichkeit des gutgläubigen Erwerbs .....	207
b) Verneinen jeglicher patentrechtlicher Wirkungen von Vertriebsbeschränkungen ....	209
7.5 Zusammenfassung: Die Zustimmung zur Inverkehrsetzung .....	210
8. Die Beweislast bezüglich der Inverkehrsetzung bzw. der Zustimmung zur Inverkehrsetzung .....	211
8.1 Die verschiedenen Positionen .....	211
8.2 Zur einseitigen Beweisbelastung des in Anspruch genommenen Händlers .....	212

8.3	Zur einseitigen Beweisbelastung des Schutzrechtsinhabers	214
8.4	Vorschlag für eine differenzierte Beweislastverteilung .....	215
9.	Zu den Termini "gewerbsmässige Einfuhr", "Gebrauch", "Weiterveräusserung" .....	217
9.1	Zur Gewerbsmässigkeit im Sinne des Patentgesetzes .....	217
9.2	Einfuhr/Gebrauch/Weiterveräusserung .....	218
§ 16	Art. 9a Abs. 2 PatG (Recht zur Anwendung eines geschützten Verfahrens) .....	220
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 2 .....	220
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 2 .....	220
3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 2 .....	221
3.1	Vorrichtung .....	221
3.2	Patentgeschütztes Verfahren .....	221
3.3	Zur Person des Erwerbers (der Vorrichtung) .....	222
3.4	Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG.....	222
4.	Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 2.....	222
4.1	Das Erfordernis der Inverkehrsetzung der Vorrichtung durch den Inhaber des Verfahrenspatents .....	222
4.2	Zur Problematik von multipel einsetzbaren Vorrichtungen	225
4.3	Zu den Möglichkeiten der Geltendmachung von Lizenz- gebühren unter dem Regime von Art. 9a Abs. 2 PatG .....	226
5.	Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 2 PatG.....	227
§ 17	Art. 9a Abs. 3 PatG (Recht zur Einfuhr und Vermehrung von biologischem Material) .....	228
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 3 .....	228
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 3 .....	229
3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 3 .....	230
3.1	Biologisches Material .....	230
3.2	Vermehrung .....	231
3.3	Bestimmungsgemässe Verwendung.....	232
3.4	Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG.....	233
4.	Vorbehalt des Landwirteprivilegs (Art. 35a PatG).....	234
4.1	Art. 35a PatG im Lichte weiterer Bestimmungen, die der Landwirtschaft besonderen Schutz gewähren .....	234
4.2	Zum Landwirteprivileg in Art. 35a PatG im Besonderen ...	235
4.2.1	Zur Entstehungsgeschichte von Art. 35a PatG.....	235
4.2.2	Die Rechte des Landwirts aus Art. 35a PatG .....	235
4.2.3	Zum Landwirtebegriff im Zusammenhang mit Art. 35a PatG.....	236
5.	Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 3.....	238

5.1	Art. 9a Abs. 3 PatG schafft einen sachgerechten Interessenausgleich .....	238
5.2	Art. 9a Abs. 3 PatG: Eine <i>lex specialis</i> .....	238
5.3	Restriktive Anwendung des Landwirteprivilegs .....	239
6.	Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 3 PatG .....	239
§ 18	Art. 9a Abs. 4 PatG (Funktionell unbedeutender Patentschutz).....	240
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 4 .....	240
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 4 .....	241
3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 4 .....	242
3.1	Ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums .....	242
3.2	Die untergeordnete Bedeutung des Patentschutzes für die funktionelle Beschaffenheit der Ware .....	243
3.2.1	Grundsätzliches .....	243
3.2.2	Erkenntnisstand .....	243
3.2.3	Voraussetzungen für die Bedeutsamkeit des Patent- schutzes im Sinne von Absatz 4 .....	244
A.	Eigenschaften der patentierten Technologie müssen im verarbeiteten Produkt mess- bzw. wahrnehmbar sein .....	245
B.	Die festgestellte Konzentration eines paten- tierten Bestandteils muss geeignet sein, die Wirkung der verarbeiteten Ware tatsächlich zu beeinflussen .....	245
C.	Die patentierte Technologie muss der Ware produktwesentliche Eigenschaften verleihen.....	246
3.2.4	Ansätze zur Bestimmung der Bedeutsamkeit des Patentschutzes .....	248
A.	Überprüfen der technischen Notwendigkeit und der Substituierbarkeit der patentgeschützten Technologie .....	248
B.	Der Vergleich der erzielten Fortschritte.....	249
C.	Der Einfluss des Patentschutzes auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Produkts .....	250
D.	Unerhebliche Kriterien: Verkehrswert und konstruktiver Aufwand .....	250
3.2.5	Der Zusammenhang zwischen dem Unmittelbarkeitserfordernis und der Bedeutsamkeit eines patentierten Herstellungsverfahrens nach Art. 9a Abs. 4 PatG .....	251
A.	Grundsätzliches.....	251

B. Wann gilt ein Produkt als das unmittelbare Erzeugnis eines patentierten Herstellungsverfahrens? .....	252
C. Der Zusammenhang zwischen der Unmittelbarkeit und der Bedeutsamkeit im Sinne von Absatz 4 .....	254
3.2.6 Die Beurteilungsperspektive .....	254
A. Der neutrale Fachmann als Bezugsgrösse .....	254
B. Die Notwendigkeit einer produktspezifischen Betrachtung .....	255
3.3 Zur Vermutung der untergeordneten Bedeutung und der Glaubhaftmachung des Gegenteils .....	256
3.3.1 Grundsätzliches .....	256
3.3.2 Zur gesetzlichen Vermutung .....	256
3.3.3 Zum reduzierten Beweismass des Glaubhaftmachens .....	257
3.4 Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG .....	258
4. Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 4 .....	258
4.1 Die Regelung der untergeordneten Bedeutung des Patentschutzes im Zusammenhang mit der Rechtserschöpfung: Ein dogmatisch nicht überzeugender Ansatz .....	258
4.1.1 Grundsätzliches .....	258
4.1.2 Zur Kritik an der Regelung der untergeordneten Bedeutung im Rahmen von Absatz 4 im Besonderen .....	260
4.2 Absatz 4 setzt keine Rechtsmissbrauchsabsichten voraus ..	262
4.3 Zur Vermutung der untergeordneten Bedeutung des Patentschutzes .....	263
4.3.1 Die Hintergründe zur Einführung einer Beweislastumkehr mit vermindertem Beweismass .....	263
4.3.2 Die Verteilung der Beweislasten im Ergebnis .....	264
4.4 Absatz 4: Toter Buchstabe oder notwendige und gelungene Ergänzung des Patentgesetzes? .....	265
4.4.1 Überbewertung der Missbrauchsgefahr .....	265
4.4.2 Weitere Ursachen für den begrenzten juristischen Mehrwert von Absatz 4 .....	267
5. Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 4 PatG .....	267
§ 19 Art. 9a Abs. 5 PatG (Ausnahmebestimmung für Waren mit staatlich festgelegten Preisen) .....	269
1. Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 5 .....	269
2. Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 5 .....	269

3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 5 .....	271
3.1	"Ungeachtet der Absätze 1-4" .....	271
3.2	"Wenn ihr Preis im Inland oder im Land des Inverkehrbringens staatlich festgelegt ist" .....	271
3.3	Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG.....	274
4.	Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 5 .....	274
4.1	Zur Rechtfertigung der erschöpfungsrechtlichen Sonderbehandlung von Waren mit staatlich festgesetzten Preisen	274
4.1.1	Absatz 5 schafft kein "Pharma-Privileg" .....	274
4.1.2	Die erschöpfungsrechtliche Ungleichbehandlung einzelner Branchen als Folge staatlich regulierter Märkte .....	275
4.1.3	Absatz 5 verhindert einen Wettbewerb der Preisregulierungen und stellt ordnungspolitisch einen korrekten Entscheid dar.....	275
4.1.4	Entwicklungspolitische Argumente gegen eine generelle Zulassung von Parallelimporten bei Arzneimitteln.....	276
4.2	Zur kartellrechtlichen Beurteilung von Parallelimportbeschränkungen gestützt auf Immaterialgüterrechte .....	278
4.2.1	Die generelle Anwendbarkeit des Kartellgesetzes ...	278
4.2.2	Das Kartellrecht: Ein wirksames Korrektiv? .....	279
	A. Die möglichen Tatbestandskonstellationen.....	279
	B. Zum Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung .....	280
	a) Die Bestimmung des relevanten Marktes .....	280
	b) Die Feststellung einer Marktbeherrschung ...	281
	c) Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung: Zum Grundsatz.....	282
	d) Keine per-se-Missbräuchlichkeit: Zur Möglichkeit der sachlichen Rechtfertigung...	282
	e) Strategien gegenüber einem mutmasslich missbräuchlichen Verhalten eines marktbeherrschenden Schutzrechtsinhabers .....	285
	f) Zwischenfazit .....	287
	C. Lizenzvertragliche Beschränkungen des Parallelhandels .....	287
	a) Zur Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Lizenzverträge im Besonderen .....	287
	b) Zur Wirksamkeit kartellrechtlicher Interventionen in Bezug auf lizenzvertragliche Vertriebsbeschränkungen .....	288
	c) Zwischenfazit .....	290

	D. Schlussfazit: Rein kartellrechtliche Massnahmen reichen zur Verbesserung des Wettbewerbs bei patentgeschützten Waren nicht aus	290
	5. Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 5 PatG.....	293
§ 20	Art. 27b LwG (Internationale Erschöpfung für landwirtschaftliche Produktionsmittel und Investitionsgüter).....	294
	1. Der grundsätzliche Regelungszweck von Art. 27b LwG.....	294
	2. Zur Entstehungsgeschichte von Art. 27b LwG.....	295
	3. Zu den einzelnen Begriffen von Art. 27b LwG.....	295
	3.1 Landwirtschaftliche Produktionsmittel.....	295
	3.1.1 Das betriebswirtschaftliche Verständnis vom Terminus "Produktionsmittel".....	295
	3.1.2 Die Legaldefinition eines (landwirtschaftlichen) Produktionsmittels in Art. 158 LwG.....	296
	3.1.3 Ergebnis: Die Definition des Terminus "Produktionsmittel" im Sinne von Art. 27b LwG ....	296
	3.2 Landwirtschaftliche Investitionsgüter.....	297
	3.2.1 Das betriebswirtschaftliche Verständnis vom Terminus "Investitionsgut".....	297
	3.2.2 Die Definition des Terminus "Investitionsgut" im Sinne von Art. 27b LwG.....	298
	3.2.3 Zum Bestandteil eines Investitionsgutes im Besonderen.....	298
	3.3 Zum Begriff "landwirtschaftlich".....	299
	3.4 Zum Ausdruck "grossmehrheitlich" und der Frage, ob der Bestimmungszweck oder der tatsächliche Verwendungszweck des Investitionsgutes massgeblich sein sollte.....	301
	3.5 Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG.....	302
	4. Weitere Erläuterungen und Kritik zu Art. 27b LwG.....	302
	4.1 Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Bestimmungszweck bzw. dem tatsächlichen Verwendungszweck einer Ware.....	302
	4.1.1 Zum Bestimmungszweck einer Ware.....	302
	4.1.2 Zum tatsächlichen Verwendungszweck.....	304
	4.2 Zur beschränkten praktischen Relevanz von Art. 27b LwG.....	305
	4.3 Art. 27b LwG: Im Ergebnis eine verzichtbare Bestimmung.....	305
	5. Zusammenfassung: Art. 27b LwG.....	306
<b>IV.</b>	<b>Teil: Schlussbemerkungen .....</b>	<b>309</b>